

Erhöhung der Franchise

Die ständige Erhöhung der Franchise (NZZ 19.1.19) trifft überproportional Chronischkranke, da sie auf regelmässige Leistungen angewiesen sind, und Menschen mit wenig Einkommen, das heisst vor allem (weibliche) Rentner. Die Steigerung der Medizinkosten ist anscheinend zurückzuführen auf die effektive Steigerung des medizinischen Aufwands (Menge) und auf Kostensteigerungen bei Medizintechnik und Medikamenten. Ausserdem wird die Unvernunft der Patienten verantwortlich gemacht (Beanspruchung der Notfallaufnahme im Spital, Behandlung bei Bagatellfällen). Statt den Kostensteigerungen hinterherzulaufen, wäre die Einführung gewisser Beschränkungen wohl viel wirksamer. Die Grundversicherung soll die Gesundheit bei Erkrankung sichern und nur die dazu notwendigen Leistungen finanzieren. Man müsste den Leistungskatalog der Grundversicherung durchforsten und zum Beispiel Arztbesuche wegen Bagatellen nicht mehr vergüten, dafür wäre die nächste Drogerie zuständig. Routine-Rundum-Checks sollte man streichen, sie erzeugen meist nur unnötige Kosten. Medizinisch nicht notwendige Kaiserschnitte und Geburts-Spitalaufenthalte sollen nicht mehr bezahlt werden. Zudem müsste man überflüssige Spitäler eliminieren, ungeachtet der kantonalen «Souveränität» in diesem Bereich. Oder: Wenn ein Kanton seine Spitäler behalten will, soll er finanziell entsprechende Beiträge leisten.

Otto Schulz, Bubikon

Der Nationalrat und die Gesundheitskommission des Ständerats wollen eine grössere Abwälzung der Krankheitskosten auf die Kranken selbst. Nicht, dass es sich dabei bloss um reine Pflasterlipolitik handelte – nein: Gerade ältere Menschen, die ein Leben lang solidarisch einbezahlt haben, würden zusätzlich belastet. Viele davon haben ihr Erspartes in Wohneigentum investiert und werden durch die Besteuerung eines Einkommens, das sie gar nicht erzielt haben (sogenannter Eigenmietwert), bestraft. Nun kommt ein weiterer Raubzug hinzu: Im Krankheitsfall sollen wir noch mehr selber bezahlen, obschon die Schweiz bei diesen «Out of pocket»-Zahlungen mit 28 Prozent bereits weltweit führend ist. So erodiert der Solidaritätsgedanke. Die Probleme werden mit solchen Umverteilungsübungen oder mit der sozialistischen Idee einer Einheits-

kasse nicht behoben, sondern bloss aufgeschoben. An der galoppierenden Kostensteigerung ändert sich damit rein gar nichts. Das ist – wie zum Beispiel auch bei der AHV– eine Politik des Löcherstopfens und Aufschiebens. Ist das Unfähigkeit, fehlender Wille oder gar Methode zugunsten der eigenen Karriere von Regierenden und Parlamentarierinnen? Das Verschreiben von schmerzhafter Medizin kommt bei den Wählern eben nie gut an. Langfristig sind die Kosten nur durch Anpassungen des Leistungskatalogs (weniger hohe Ansprüche), Senkung der Behandlungs- und Medikamentenpreise (Parallelimporte ermöglichen) sowie über Steuerbeiträge für alle (Solidaritätsgedanke) zu reduzieren.

Ralph Remo Faes, Goldau

Nach dem Nationalrat will auch die ständerätliche Gesundheitskommission die Krankenkassenfranchisen regelmässig an die Kostenentwicklung anpassen, und zwar auch die ordentliche Minimalfranchise von 300 Franken pro Jahr. Man verspricht sich davon eine «Stärkung des Kostenbewusstseins der Versicherten». Niemand denkt dabei offensichtlich an jene, die nicht freiwillig regelmässig «zum Arzt rennen», sondern wegen chronischer Krankheiten. Als alleinstehende Rentnerin, die mit AHV- und BVG-Rente anständig, aber nicht luxuriös durchs Leben kommt und wegen einer Schilddrüsenunterfunktion täglich Tabletten einnehmen und den Hormonspiegel jährlich durch den Arzt abklären lassen muss, bin ich eine typische Betroffene. Ich bin sicher, dass die Mehrzahl der Versicherten mit Minimalfranchise Leute sind wie ich. Das sind nicht Personen, die bei einem Schnupfen den teuren Notfalldienst beanspruchen. Daher wird der Beschluss auch kaum etwas gegen laufend steigende Kosten ausrichten.

Statt eine Lösung für Chronischkranke anzuregen oder sich gar mit der Pharmaindustrie oder der Ärzteschaft anzulegen, die mit geschicktem Lobbying zum Teil tatsächlich überflüssige Behandlungen wie blutdrucksenkende Medikamente fördern, überwältigt man die Kosten auf Personen, die ihr Schicksal nicht beeinflussen können und garantiert mit weniger Geld auskommen müssen als die Abstimmenden in den eidgenössischen Räten. Hoffentlich erinnern sich die von dieser Franchisenerhöhung Betroffenen bei den Wahlen im Herbst daran, dass nur die linken Kommissionsmitglieder diese kurzsichtige und unsoziale Massnahme abgelehnt haben.

Liliane Goldberger, Wädenswil

Zurzeit wird über die Erhöhung der Franchise in der Grundversicherung diskutiert. Statt einfach den Betrag zu erhöhen, gäbe es Möglichkeiten, das System sonst noch anzupassen. So wäre es aus meiner Erfahrung sinnvoll, die Minimalfranchise (derzeit 300 Franken) nicht zu Beginn der Berechnungsperiode abzuziehen, sondern erst zwischen 300 und 600 Franken. Dies hätte aus gesundheitspolitischer und sozialer Sicht den Vorteil, dass nötige Erstbehandlungen nicht wegen Geldmangel hinausgeschoben würden und aus ärztlicher Sicht frühzeitig die richtigen Weichen gestellt werden könnten. Zudem wüsste der Patient, dass weitere Abklärungen jetzt zu einer Kostenbeteiligung führen würden, was die eine oder andere unnötige Zusatzuntersuchung verhindern könnte. Nicht

zuletzt nähme die Kostentransparenz zu, weil mehr Patienten schon zu Beginn der Behandlung die Rechnungen der Krankenkasse einreichen.

Dr. med. Anton Kälin, Bülach

Einigung mit Krankenkasse

Der Titel des Artikels «Krankenkasse gibt Psychotherapeuten nach» (NZZ 23.1.18) ist irreführend. Es ging um eine Einigung zwischen der Krankenkasse KPT und den Ärzten, die psychologische Psychotherapeuten angestellt hatten (delegierte Psychotherapie), und nicht um die psychologischen Psychotherapeuten. Die KPT hat 53 Praxen angeschrieben, bei denen sie den Verdacht hatte, dass die formellen Bedingungen für die delegierte Psychotherapie, wie sie im Tarmed aufgeführt sind, nicht erfüllt werden. Das trifft sicher für einige Praxen zu, und die KPT hat bei diesen auch finanzielle Rückforderungen gestellt. Allerdings wurden auch viele Praxen zu Unrecht verdächtigt. Die Ärzte haben die Aufsichtspflicht bei den durchgeführten Psychotherapien und haften für die Tätigkeit der angestellten Therapeuten. Allfällige Rückforderungen richten sich deshalb auch an die delegierenden Ärzte und nicht an die angestellten Psychotherapeuten.

Die Bedingungen für die delegierte Psychotherapie sind im Tarmed an sich klar und unmissverständlich beschrieben. Allerdings wird nicht näher definiert, wie die Aufsichtspflicht wahrzunehmen ist. Diesbezüglich bestanden Differenzen zwischen den Vorstellungen der KPT und denen der delegierenden Ärzte. An der erwähnten Aussprache mit der KPT konnten wir einen Konsens finden, mit dem beide Seiten zufrieden sind.

Dr. med. Christian Bernath, Präsident der Kommission Delegierte Psychotherapie der FMPP

Rentenkürzungen tun weh

Ich wehre mich auch gegen neue Rentenlösungen, die unverhältnismässig die Jungen belasten (NZZ 10.1.19). Aber nicht alle Pensionierten können heute allfällige Kürzungen verschmerzen. Ich, 1945 geboren, hatte bei zwei Stellenwechseln noch nicht die volle Pensionskassen-Freizügigkeit und verlor zweimal den Firmenanteil. Früher Geborene hatten zum Teil selbst noch nicht einmal eine obligatorische Pensionskasse. Wenn man diesen mit Stichtag X die Rente kürzt, werden vermutlich viele dafür Ergänzungsleistungen beanspruchen müssen. Abgesehen davon, dass wir ja gar keine Chance hatten, auf die «volle» Rente zu kommen.

Werner Sandmeier, Kloten

Korrigendum

zz. · Die Tabelle zu den Grand-Slam-Siegen (NZZ 28.1.19) enthält zwei falsche Zahlen. Roger Federer hat acht Mal Wimbledon gewonnen und fünf Mal das US Open (nicht neun bzw. vier Mal).

TRIBÜNE

Wirtschaftsethik und Energieökonomie

Gastkommentar

von SILVIO BORNER

Die Begriffskombination «Wirtschaftsethik» ruft bei mir Unbehagen hervor, gerade weil Ethik und Ökonomie für mich unentbehrliche Leitlinien sind. Beides sind wissenschaftliche Grundlagen für die Erklärung und Bewertung menschlichen Handelns. Ethik visiert Gerechtigkeit an, Ökonomie Effizienz. Beide Konzepte sind getrennt zu betrachten und nicht opportunistisch oder pragmatisch zu vermischen. Konflikte zwischen Gerechtigkeit und Effizienz sind politische Kernentscheide und nicht Expertenaufgaben. Spezielle Ethiken wie Wirtschafts-, Medizinal- oder Bioethik sind gefährlich, weil sie das Fachwissen durch Sendungsbewusstsein ersetzen. Es ist besser, die Mediziner, Physiker oder Ökonomen direkt mit ethischen Fragen zu konfrontieren, als Ethikkommissionen aus kirchlichen oder NGO-Kreisen entscheiden zu lassen.

Wer eine ethische Position wissenschaftlich begründet, soll sie konsequent und konsistent auf alle gesellschaftlichen Probleme anwenden, aber sich offen mit gleichwertigen Gegenpositionen auseinandersetzen. Analog ist es bei branchenorientierten Bindestrich-Ökonomen wie Agrar-, Fremdenverkehrs-, Umwelt- oder Energie-ökonomen, die häufig fundamentales ökonomisches Denken über Bord werfen. Dieses ist oft kontraintuitiv und somit politisch unattraktiv, aber breit anwendbar. Branchenspezifische Lehrgänge oder Forschungsinstitute laufen Gefahr, durch Staatsorgane oder Verbände vereinnahmt zu werden. Sie mögen über mehr Sachkenntnis verfügen, aber verlieren gerade durch Inside-Infos ihre Unabhängigkeit. Anwendungsorientierte Spezialisierung sollte theoretisch durch die Methodik oder Perspektive wie z. B. Ökonometrie oder Wettbewerbstheorie bestimmt und nicht exklusiv auf eng definierte Wirtschaftszweige ausgerichtet sein. Echte, grundlegende politische Reformen können nur von unabhängigen Wissenschaftlern lanciert werden.

Ökonomen analysieren Marktstrukturen, Verhaltensweisen, Preise und leiten daraus nachvollziehbar und ergebnisoffen Politikempfehlungen ab. Politikabhängige Experten müssen oft schon bei

Konflikte zwischen Gerechtigkeit und Effizienz sind politische Kernentscheide, nicht Expertenaufgaben.

der Fragestellung, mehr noch bei der Methodenwahl und spätestens bei den Empfehlungen auf die Auftraggeber Rücksicht nehmen («Advocacy Research»). Kritische Stimmen aus staatsabhängigen Forschungszentren sind daher nicht zu vernehmen. Sogar die nationalen Forschungsprogramme sind für die freie Wissenschaft ein wachsendes Risiko. Studien beruhen immer häufiger auf politischen Bauchentscheidungen. Sie sollen diese nachträglich wissenschaftlich legitimieren. Krassestes Beispiel dafür ist die Energiestrategie 2050. Liefern die Auftragforscher ausnahmsweise nicht das ersehnte Resultat, werden sie widerstandslos totgeschwiegen, wie im Fall der genveränderten Produkte.

Ökonomie und Ethik sind wissenschaftlich fundiert, aber deshalb noch lange keine absoluten Wahrheiten. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen jederzeit infrage gestellt werden können. Wenn in der Klimawissenschaft der anthropogene CO₂-Einfluss auf die Erwärmung als ein für alle Mal gelöst erklärt und mit einer 90-prozentigen Zustimmung durch die «Klimaexperten» untermauert wird, ist schon allein das ein starkes Indiz für einen historisch einmaligen Wissenschaftsskandal.

Entscheidend für den wissenschaftlichen Fortschritt sind der offene Diskurs, die sachliche Kontroverse und die empirische Evidenz. «Flexible Doppelspurigkeiten» auf einer branchen- oder politikbestimmten Expertenschiene führen zum Gegenteil: in den quasireligiösen Dogmatismus.

Silvio Borner ist em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel und Gründungsmitglied des Carnot-Cournot-Netzwerks.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (egj)

Stellvertreter: Colette Gradwohl (C. G.), Daniel Wechlin (daw), Andreas Schürer (asu.)

Tagesleitung: Colette Gradwohl (C. G.), Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asu.), Daniel Wechlin (daw), Jenni Thier (thj.), Benno Mattli (bem.)

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Andres Wysling (awy.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Patrick Zöll (paz.), Daniel Steinwirth (DSt.), Ivo Mijssen (mij.), Dominique Burckhardt (dbu.)

Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Helmut Stalder (st.), Christina Neuhaus (cn.), Claudia Baer (cb.), Jörg Krummenacher (kru.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Erich Aschwanden (ase.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehl (hhs.), Lucien Scherrer (lsc.)
Bundeshaus: Heidi Gmür (gmü.), Christof Forster (For.)
Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.)

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer (pfi.), Werner Enz (nz.), Ermes Gallarotti (ti.), René Höltschi (Ht.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas

Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Rucic (nri.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Thomas Schürpf (tsf.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundtöhrner (gru.), Daniel Imwinkelried (imr.), Christof Leisinger (cri.), Anne-Barbara Luft (abi.), Michael Schärer (msf.), Dieter Bachmann (dba.), Jörg Müller (jmu.), Dominik Feldiges (df.),
Feuilleton: René Scheu (rs.), Angela Schader (as.), Rainer Stadler (ras.), Claudia Schwartz (ces.), Thomas Ribl (rib.), Ueli Bernas (ubs.), Roman Bucheli (rb.), Susanne Ostwald (owd.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (mdr.), Christian Wildhagen (wdh.),

Zürich: Irène Troxler (tox.), Alois Feusi (fs.), Dorothea Vogeli (vo.), Urs Bühler (urs.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Fabian Baumgartner (fbi.), Jan Hudoc (jhu.), Florian Schopp (scl.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dfr.)

Sport: Elmar Wagner (wag.), Flurin Calina (cl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Philipp Bärtsch (phb.), Samuel Burgener (str.), Claudia Rey (crl.), Nicola Berger (nbr.)

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Elena Panagiotidis (ela.)

Wissensschafe: Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stefan Betschon (S. B.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stalmach (sl.), Helga Rietz (rtz.)

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl (C. G.), Susanna Müller (sm.), Herbert Stalder (hst.), Birgit Schmidt (bgs.), Matthias Sander (msa.)
Bildredaktion und Gestaltung: Christian Günsliberger (cgu.)

Reporter: Marcel Gyr (-yrc.), Arja Jardine (jarc.), Martin Beglinger (beg.)

Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Katrin Schreyenberger (ks.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Klette (kkl.)

Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)

Webproduktion: Michèle Schell (mi.), Robin Sigrist (rsi.), Susanna Rusterholz (rs.), Reto Gratwohl (grt.)

Visuals: David Bauer (dav.), Beni Buess (bue.), Christian KleeB (cke.), Anja Lemcke (lsc.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelen (jok.)

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.), London: Markus M. Haefliger (mht.), Benjamin Triebel (bel.), Berlin: Christoph Eisenring (cei.), Marc Felix Serrao (fxs.), Benedikt Heff (ben.), Jonas Hermann (jph.), Hansjörg Müller (hmü.), Frankfurt: Michael Rasch (ra.), München: Stephanie Lahrts (slz.), Rom: Andrea Spalinger (spl.), Wien: Meret Baumann (bam.), Matthias Benz (mbe.), Stockholm: Rudolf Hermann (ruh.), Brüssel: Niklaus Nuspigler (nn.), Christoph G. Schmutz (sco.), Moskau: Markus Ackereit (mac.), Christian Steiner (cts.), Dakar: David Signer (dai.), Lissabon: Thomas Fischer (ter.), Istanbul: Volker Pabst (pab.), Inga Rogg (iro.), Beirut: Christian Weisflog (ws.), Jerusalem: Ulrich Schmid (U. Scl.), Mumbai: Marco Kauffmann Bossart (kam.), Sydney: Esther Blank (esb.), Sargapur: Manfred Rist (rt.), Peking: Matthias Winkler (mwl.), Tokio: Patrick Welter (pwe.), Washington: Peter Winkler (win.), Beat Ammann (B. A.), Martin Lanz (mla.), New York: Christiane Hanna Henkel (C. H.), San Francisco: Maria-Astrid Langer (ma.), Vancouver: Carl R. Felder (fcl.), Rio de Janeiro: Michael Anliker (am.), Salvador da Bahia: Alexander Busch (bu.), San José de Costa Rica: Peter Gaupp (pgp.)

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Fabian Urech (urf.), Inland: Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafner (gaf.), Michael Surber (sur.), Bundeshaus: Lukas Mäder (mdr.), Wirtschaft/Börse: Andreas Uhlig (Ug.), Sylviane Chassot (syc.), Patrick Herger (phr.), Feuilleton: Marion Löhndorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD), Zürich: Johanna Wedl (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), Sport: Stefan Osterhaus (sos.), Michele Coviello (cov.), Ulrich Pickel (pic.), Andreas Babst (abb.), Nachrichten: Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Widmann, Janique Weder (wej.), Manuel Frick (fma.), Webproduktion: Beat Grossrieder (bgr.), Produktionsredaktion: Urs Buess (buu.), Bodo Lampersky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hüfischmid (phh.), Yvonne Eckert (ye.), Benno Brunner (bbz.), Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Corinne Piaga (cpl.), Esther Rüdiger (eru.), Visuals: Leann von Gunten (vg.), Marie-José Kolly (mkj.), Haluka Maier-Borst (hmb.), Philip Küng (phk.), Manuel Roth (mrt.), Anna Wiederkehr (awi.), Christian Thumshirn (thc.), Markus Stein (sma.), Olivia Fischer (ofi.)

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction: Reto Althaus (ral.), Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Sara Zeiter (sze.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.), Fotografien: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Armin Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.), Goran Basic (bhc.), Produktion/Layout: Hansruedi Frei, Andreas Steiner
Blattplanung: René Sommer, Korrektur: Yvonne Betttschen
Archiv: Ruth Haener, Projekte: André Maerz (mae.)

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ TV / NZZ Format: Silvia Fleck (sfl.), Karin Moser (mok.)

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Luzi Bernet (lzb.)

NZZ Folio: Daniel Weber (dlw.)

NZZ Geschichte: Peer Teuwsen (pt.), Lea Haller (lha.)

NZZ-MEDIENGRUPPE

Felix Graf (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 29, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)

NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 1.3.2018

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors